

# **Risiko Wohnen? Eine Sendung zu Umweltgerechtigkeit in der Stadt**

Redaktion und Sprecherin: Karen Bork  
Sendetermin: 20.06.2012  
Gesamtlänge: 30:00 min

**Bitte beachten Sie:**

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung der Urheberin.

#### Anmoderation

Wohnen an lauten, vielbefahrenen Straßen mit hohen Abgasbelastungen. Wohnen neben Deponien oder Kläranlagen. Wohnen in Quartieren mit geringem Grünanteil: Das betrifft zwar nicht nur einkommensschwache Bevölkerungsschichten. Aber wer es bezahlen kann, sucht nach besser gelegenen Wohngebieten. Doch allein in Berlin leben 23 % der Bevölkerung in Quartieren, die zugleich sozial und bioklimatisch benachteiligt sind. Mit Folgen auch für ihre Gesundheit. Nun wächst in Deutschland die Aufmerksamkeit für gerechtere Wohnbedingungen in Städten. Doch wie soll das gehen? Welche Hebel können Kommunen einsetzen?

Risiko Wohnen? Eine Sendung zu Umweltgerechtigkeit in der Stadt von Karen Bork.

#### Sprecherin

Umweltgerechtigkeit ist mittlerweile in Fachkreisen von Forschern und Städteplanern ein anerkannter Terminus, um über Umweltbelastungen in Verbindung mit sozialen und gesundheitlichen Benachteiligungen zu reden. Der Begriff schreibt jedoch eher das Wunschziel, als die Realität in vielen kommunalen Wohnbezirken. Wo man weit ausholen muss, um den Begriff in seinen medizinischen, ökologischen und sozialen Dimensionen zu erläutern, fällt dagegen die Beschreibung dessen leichter, was in der Verteilung der Wohnorte ungerecht sein kann. Zum Beispiel in Berlin:

#### Christa Böhme

Ganz praktisch, denken Sie vielleicht an das Gebiet Beusselstraße in Moabit. Das ist ja unter unseren Aspekten, unter den Umweltbelastungen ein hoch belastetes Gebiet, also das Thema Lärm spielt eine große Rolle im Zusammenhang mit dem Autoverkehr und vor allen Dingen LKW-Verkehr dort eben auch die Luftbelastung. Und wenn man im genau im weiteren und näheren Umfeld guckt, dann gibt es dort auch nicht besonders viele Grünanlagen. D.h. wir haben schon mal auf jeden Fall drei Faktoren, die dort eigentlich zu einem mehrfach belasteten Raum führen. Und jetzt gibt es ja z.B. eine Maßnahme, die dort vom Senat, nehme ich an, umgesetzt wurde, dass zumindestens auf der Beusselstraße nur noch Tempo 30 gefahren werden darf, auch tagsüber und nachts. Dann wäre im Grunde genommen die nächste Überlegung, die man anstellen müsste im Sinne von mehr Umweltgerechtigkeit, die Überlegung, wie kann ich diesen Bereich, wie kann ich dieses städtische Gebiet mit Grünflächen besser ausstatten, was gibt es dort für Potenziale, was gibt es für Möglichkeiten – vielleicht auch in Richtung von Mietergärten, Nachbarschaftsgärten und dergleichen zu gehen. Also es geht nicht nur um die Vermeidung solcher Räume, denn es ist ja so, dass große Teile oder der größte Teil unserer Städte ist ja bereits gebaut. Also es geht auch vor allen Dingen da drum, auch im Bestand dann zu gucken, wie kann ich da Dinge auch ausgleichen.

#### Sprecherin

Die Stadtplanerin Christa Böhme leitet am Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin, kurz Difu, seit Beginn 2012 ein Forschungsprojekt, das nach Wegen sucht, wie Kommunen am Besten auf solche Missstände reagieren können. Beauftragt wurde das Institut vom Umweltbundesamt. Dort arbeitet Christiane Bunge zu Ursachen und Wirkungen von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen.

#### Christiane Bunge

Eigentlich ist das ein sehr altes Thema, also die Zusammenhänge zwischen sozialer Ungleichheit, Umweltqualität und gesundheitlichen Auswirkungen sind bereits Anfang des 20. Jahrhunderts klar dargestellt worden, also es gab damals schon Studien, die den Zusammenhang zwischen Armut, ungünstigen Wohnverhältnissen und einer erhöhten Sterblichkeit auch aufgezeigt haben – historisch betrachtet sind diese Missstände also nichts

Neues und sind auch schon lange Aspekte eigentlich in der Stadtplanung: ungünstige Wohnverhältnisse, Armut und erhöhte Sterblichkeit. Es ist aber noch kein Thema, was seitdem unter dem Begriff Umweltgerechtigkeit behandelt wurde. Ich würde sagen, dass so in den 70er Jahren, mit Beginn der Umweltpolitik sehr stark die allgemeine Umweltsituation im Vordergrund stand und seitdem auch wirklich massive Verbesserungen der Umweltsituation stattgefunden haben. Und dass es seit den 90er Jahren sehr viel stärker Aufmerksamkeit gegeben hat in Bezug auf die gesundheitliche Ungleichheit. Es gab immer mehr sozialmedizinische Studien, die einen Zusammenhang zwischen Armut oder Einkommenshöhe und der Gesundheitssituation festgestellt haben. Die festgestellt haben, dass Menschen mit einem niedrigen Sozialstatus eine sehr viel geringere Lebenserwartung haben und bei bestimmten Krankheiten sehr viel stärker betroffen sind. Und daraus entwickelte sich zunehmend dann die Frage nach den Ursachen dieser gesundheitlichen Ungleichheit und auch die Frage, welchen Einfluss dann die Umwelt eigentlich darin hat.

Sprecherin

Umweltgerechtigkeit ist ein vergleichsweise junger Begriff, der ursprünglich aus den USA stammt und sich von environmental justice ableitet.

Christa Böhme

Ob er wirklich so glücklich ist in der Übersetzung Umweltgerechtigkeit, das ist auch die Frage. Ich denke, man muss eigentlich immer noch ein bisschen was dazu sagen, um dann letztendlich diesen Begriff auch zu verstehen. Es geht nicht da drum, dass etwas sozusagen der Umwelt gerecht ist, sondern dass die Umwelt gerecht ausgestattet ist bezogen auf den Menschen.

Sprecherin

In den USA wurde mit environmental justice seit den 1980er Jahren eine gleichmäßigere Verteilung von gesundheitsbelastenden Anlagen wie Mülldeponien, Autobahnen und Kläranlagen angemahnt. Häufig waren diese bevorzugt neben Wohnsiedlungen sozial Schwächerer errichtet worden. Doch der direkte Vergleich zwischen den beiden Ländern ist kaum möglich.

Christiane Bunge

In Deutschland haben wir eine sehr viel geringere sozialräumliche Entmischung, und die Stadt- und Regionalplanung ist sehr viel stärker als in den USA beispielsweise und, ich denke, man kann auch sagen, dass in Deutschland eine sehr viel homogenere und ziemlich flächendeckende oder flächendeckendes Netz von umweltbelastenden und gesundheitsbelastenden Anlagen, Industrieanlagen beispielsweise besteht. Insofern ist der Vergleich, hinkt der immer so ein bisschen, wir haben andere Wurzeln.

Sprecherin

Nun Entwarnung zu geben, alles sei in Deutschland halb so schlimm, führt jedoch in die Irre. Lärm, Abgase und andere Schadstoffe schaffen auch in Deutschland manchen Orten ein ungesundes Wohnumfeld.

Noch ist die Datenlage in Deutschland zu Befunden von – und hier müsste es besser heißen: Umwelt – un – gerechtigkeit nicht ausreichend, noch wirft jede neue Studie neue Fragen darüber auf, wie groß der Einfluss des Wohnumfeldes auf die individuelle Gesundheit sei. Vorbildlich steht in diesem Zusammenhang Berlin da: In der Erhebung von Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsdaten ist der Stadtstaat bundesweit Vorreiter.

Christiane Bunge

Es hat sich auch gezeigt, dass es nicht so einfach ist, die Daten übereinander zulegen, weil die Umweltdaten und die Sozialdaten auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen erhoben wurden und erst mal eine Basis geschaffen werden musste, und auch methodische Fragen geklärt werden mussten, wie man die dann tatsächlich miteinander verknüpft. Das ist bei dem Thema Lärm sehr schwierig, das tatsächlich auf den Raum beispielsweise zu beziehen, weil die Betroffenheit des Einzelnen dann doch unterschiedlich ist und es sehr stark davon abhängt beispielsweise, ob man im Vorderhaus wohnt, nach vorne schläft oder im Hinterhaus wohnt, und dort ist die Lärmbelastung dann gleich ganz anders. Also es sind da sehr schwierige Methoden, methodische Fragen, die sich stellen, und das Thema ist sehr komplex, das Ganze dann noch mit Gesundheitsdaten zu verknüpfen – also es ist nicht einfach und es ist tatsächlich nicht die Regel, dass die Kommunen oder die Länder Gesundheitsdaten beispielsweise erheben oder auch Sozialdaten. Und das ist insgesamt doch ein sehr, muss man sagen, politisch brisantes Thema, wenn es dann so wie in Berlin dazu kommt, dass man praktisch ein Ranking aufstellen kann zwischen den verschiedenen Quartieren: Wo ist die Umweltbelastung, die soziale Belastung am höchsten, wo am niedrigsten. Also das sind auch Fragen, die von politischer Seite dann zum Teil ungern gestellt werden, und man von der Forschungsseite weiter schon ist als der politische Wille oft.

Sprecherin

Das Thema ist brisant, denn ist die Problematik der Umweltbelastung von sozial Schwächeren mit allen möglichen Folgen für deren Gesundheit erst einmal als solche erkannt, sind die Kommunen verpflichtet, nach Lösungsansätzen zu suchen. Das gerade neu aufgelegte Forschungsprojekt des Deutschen Instituts für Urbanistik zielt darauf, den Kommunen Wege dazu aufzuweisen.

Christa Böhme

Und zwar geht es in diesem Forschungsvorhaben, mit dem wir jetzt beauftragt wurden vom Umweltbundesamt vor allen Dingen da drum, diesen neuen Ansatz Umweltgerechtigkeit, der wirklich noch ein neuer Ansatz ist, der bislang vor allem in der Wissenschaft diskutiert wird und wurde, diesen Ansatz in die Kommunen zu tragen. Weil in den Kommunen, wenn Sie da mit dem Begriff Umweltgerechtigkeit unterwegs sind, dann ist dieser Begriff in den Kommunen letztendlich nicht in dieser Form eingeführt. Und das Interesse des Umweltbundesamt ist es, diesen Ansatz der Umweltgerechtigkeit über dieses Vorhaben in die Kommunen zu tragen. Deswegen ist ein Bestandteil dieses Forschungsvorhabens ein Planspiel, das wir mit drei verschiedenen Kommunen durchführen möchten, und in diesem Planspiel quasi mit diesen Kommunen und mit Akteuren aus drei Kommunen das einmal durchprobieren wollen, wie lässt sich denn dieses Thema Umweltgerechtigkeit, diese Strategie Umweltgerechtigkeit in die kommunale Praxis implementieren und dort verankern. Dafür bereiten wir zunächst aber im ersten Schritt zwei Expertisen vor, und zwar eine Expertise zu kommunalen Berichtssystemen, zu kommunalen integrierten Berichtssystemen, die eben sowohl den Bereich Umwelt berücksichtigen, aber auch den Bereich Gesundheit und auch den Bereich soziale Lage – das ist die eine Expertise, und die zweite Expertise wird sich im Schwerpunkt mit Instrumenten und Maßnahmen zur Erreichung von Umweltgerechtigkeit beschäftigen.

Sprecherin

Um überhaupt Kenntnisse von den hochbelasteten Gebieten zu gewinnen, müssen die einzelnen Ressorts einer Kommune eng zusammenarbeiten und ihre Daten miteinander abgleichen:

Christa Böhme

Denn da ist natürlich insbesondere erst mal angesprochen, wenn man an die Datenerhebung denkt, an das Monitoring, um überhaupt diese mehrfach belasteten Räume in einer Kommune zu identifizieren, dann ist es sicherlich natürlich der Bereich der kommunalen Statistik, also der Bereich, der in der Kommune die Daten erhebt, dann ist das Umweltamt natürlich ein ganz wichtiger Partner, das Stadtentwicklungsamt und das Gesundheitsamt: Das wären für mich eigentlich die vier wesentlichen Ressorts, die in Hinblick auf Umweltgerechtigkeit zusammenarbeiten müssten.

Sprecherin

Erst im Zusammenwirken der Ämter lassen sich die hochbelasteten Gebiete im Stadtgebiet genau bestimmen. Darauf aufbauend sind integrierte Planungsinstrumente von Nöten wie z.B.:

Christiane Bunge

Lärmaktionspläne, da ist Berlin auch ein ganz gutes Beispiel, weil es Gebiete für die Lärmaktionsplanung ausgewählt hat, wo sich eine soziale Entmischung abzeichnet, wo die soziale Belastung auch besonders hoch ist, und wo auch davon ausgegangen werden kann, dass eine hohe Lärmbelastung dazu führt, dass die, die es sich leisten können, auch wegziehen, und insofern wird dort dann ein Schwerpunktgebiet gesehen, um die Lärmbelastung dort zu reduzieren. Also solche integrierten Planungssysteme, die nicht nur die Umwelt im Blick haben, sondern auch das Soziale sind sehr, sehr wichtig.

Sprecherin

Dabei sind viele kommunale Planungshilfen längst entwickelt und vorhanden, doch es gilt, diese im Sinne der Umweltgerechtigkeit einzusetzen.

Christa Böhme

Ich glaube auch nicht, dass es darum geht, zusätzliche Instrumentarien zu entwickeln. Wir haben eine ganze Reihe von Instrumenten – also das reicht von der Bauleitplanung über kommunale Lärminderungsplanung, Luftreinhaltepläne, Freiflächenkonzepte, Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung, Verkehrsminderung, das Instrumentenset ist eigentlich schon ganz gut, was wir haben, aber die Fokussierung auf eben solche mehrfach belasteten Räume, also mehrfach belastet im Hinblick auf Umweltbelastungen, das ist, denke ich, das eigentlich Neue, das wirklich in den Blick zu nehmen.

Sprecherin

So kann neben verkehrseinschränkenden Maßnahmen ein Mittel zur Verbesserung der Wohnumfeldes die Schaffung von Grünanlagen sein. Sie mindern die Belastungen durch Feinstaub, sie haben eine gesundheitsbefördernde und, da für alle zugänglich, auch eine soziale Funktion. In Berlin sollen per Senatsbeschluss künftig zwei Gemeinschaftsgärten pro Bezirk angelegt werden. Als grüne Oasen werden sie dem Natur- und Umweltschutz dienen, aber auch die soziale Integration befördern. Doch ist dies nicht ein Tropfen auf dem heißen Stein angesichts der schieren Größe der zwölf Berliner Bezirke?

Christiane Bunge

Ich sehe beide Seiten, die Grünflächen in ihrem Wert an sich und sie können nicht komplett kompensieren, was an Luftverschmutzung oder Lärmbelastung vorhanden ist. Sie haben einen ganz eigenen Wert und sind deshalb aber auch sehr wichtig. Und Berlin ist da schon auch Vorbild für andere Kommunen oder als Stadtstaat. Für die einzelnen Bezirke ist, denke ich mal, dieser Senatsbeschluss auch ganz wichtig, weil er die Umsetzung stärkt, wenn eine

Brachfläche vorhanden ist und es darum geht, was damit getan wird, können sich Betroffene oder Bürger aus dem Quartier auf diesen Beschluss beziehen und ... Es ist sozusagen eine Grundlage, um – was vielleicht vorher schwieriger war, so was umzusetzen, ist da, denke ich mal, ein guter Anfang in Berlin auf jeden Fall gemacht worden. Auf der anderen Seite, unabhängig davon ist es notwendig beispielsweise im Verkehrsbereich, Maßnahmen zu treffen, verkehrsberuhigte Zonen einzurichten, Tempo 30 in Wohngebieten. Verschiedene Maßnahmen: Umweltzonen sind ein Instrument, um die Luftbelastung zu reduzieren, weitere Instrumente, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs auf der einen Seite, und auch die Stadt attraktiver machen für Radfahrer und auch sicherer machen für Radfahrer und Fußgänger. – Dass immer mehr besser ist, ist klar, ich denke, es ist aber auch wirklich wichtig, dass Engagement der Bürger und Bürgerinnen jeweils im Quartier dann zu stärken, zu fördern, was durch so einen Senatsbeschluss auf jeden Fall auch von der politischen Ebene auch Unterstützung erfährt, und gerade in Zeiten leerer Kassen ist es notwendig, Bürger dazu zu gewinnen, sich für ihren Stadtteil zu engagieren und auch in ihrem direkten Wohnumfeld attraktive Grün- und Freiräume zu schaffen.

Sprecherin

Vieles, was unter Umweltgerechtigkeit angesteuert wird, hat eine Schnittmenge mit Ideen und Zielsetzungen der „Sozialen Stadt“. Dieses Programm zur sozialen Stadtentwicklung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zielt auf ein Quartiersmanagement, in dem die Bürger an der Gestaltung ihres Wohnumfeldes teilhaben. Ähnliches gilt bei der Realisierung von Umweltgerechtigkeit.

Christa Böhme

Ich glaube, das ist extrem wichtig, dass das gelingt, dass dieser Ansatz der Umweltgerechtigkeit, der ja eben dann auch ein quartiersbezogener ist so wie der Ansatz auch der „Sozialen Stadt“, und das funktioniert sicherlich auch nur, wenn die Quartiersbevölkerung da mit ins Boot geholt wird und auch von der Sache auch mit dann natürlich überzeugt ist. Und es geht ja vor allen Dingen auch um soziale Umwelt, also um Nachbarschaften, und da ist es im Grunde unabkömmlich.

Sprecherin

Im konkreten Fall kann die Partizipation dann so aussehen:

Christiane Bunge

Es gibt beispielsweise das Projekt Umgestaltung des Nauener Platzes hier in Berlin im Bezirk Mitte, beziehungsweise im Ortsteil Wedding, wo die Bevölkerung von Anfang an von der ersten Minute, der ersten Planung mit eingebunden wurde, und auch die, die sich sonst vielleicht nicht beteiligen würden, weil sie nicht so gut informiert sind oder auch das auch nicht gewohnt sind, sich zu beteiligen, und dass sie gefragt werden überhaupt, da wurde schon viel dafür getan, dass sie sich auch äußern, also die jungen Leute wurden befragt, die Älteren, die Männer und die Frauen, also so dass auch die Gestaltung oder Umgestaltung des Platzes dann dazu geführt hat, dass es für alle Generationen ein Platz geworden ist der Begegnung und des Aufenthalts. Das ist, denke ich, wirklich ein gutes Projekt, das im Rahmen des Förderprogramms ExWoSt des Bundesverkehrsministeriums auch zusätzlich noch gefördert wurde, darüber kamen auch noch Gelder, und ganz wesentlich ist dort auch die Beteiligung der Bevölkerung, aber auch die Unterstützung durch den Bezirk, der da ganz stark mitgewirkt hat, auch die unterschiedlichen Ämter, nicht nur das Umweltamt, das Stadtentwicklungsamt, sondern alle haben gemeinsam daran gearbeitet. Es wurden sogenannte Platzkümmerer, also Bürger konnten sich melden, als Platzkümmerer – Platzkümmerer fungieren auch nach Ende des Projekts. Also es geht dann auch viel darum, solche Projekte zu verstetigen oder die

Aktivitäten zu verstetigen – nicht, wenn die Förderphase vorbei ist, dass dann alles in sich zusammenbricht.

Sprecherin

Gute Ansätze und Projekte gibt es demnach schon in einigen Kommunen. Doch es gilt, den Gedanken der Umweltgerechtigkeit auch in anderen zu befördern. Hier setzt das Deutsche Institut für Urbanistik an. In dem Forschungsprojekt ist ein Planspiel vorgesehen, in dem drei ausgewählte Kommunen Abläufe innerhalb ihrer Verwaltungen klären sollen.

Christa Böhme

Das ist eine Methode, wo man quasi als Trockenübung so etwas durchspielt, d.h. jede dieser drei Kommunen wird Akteure in dieses Planspiel schicken, die mit diesem Thema Umweltgerechtigkeit zu tun haben werden oder haben könnten. Also idealerweise würden wir uns eben vorstellen, dass jemand dann vom Umweltamt dabei ist, vom Stadtentwicklungsamt, vom Gesundheitsamt und auch von dem statistischen Bereich. Und wir werden dann quasi ein Planspiel entwickeln, wo wir z.B. als erste Aufgabe an die Akteure z.B. geben könnten: „Identifizieren Sie in Ihrer Stadt die mehrfach belasteten Räume im Hinblick auf Umweltbelastungen.“ Und dann müssten sie es quasi mal so durchspielen, also nicht wirklich umsetzen, sondern durchspielen. Was brauchen wir dafür, haben wir das eigentlich, haben wir die Daten dafür, müssten wir noch neue Daten erheben, und all das wird quasi durchgespielt und anhand dieses Spieles dann die Hemmnisse oder eben auch die Erfolgsfaktoren versucht zu ermitteln. Es ist aber eben wirklich ein Spiel, aber im Unterschied zu einem Rollenspiel übernehmen die Akteure wirklich die Rolle in diesem Planspiel, die sie auch wirklich haben. Also sie schlüpfen nicht in irgendwelche neuen Rollen, die sie eigentlich in Wirklichkeit nicht besetzen, sondern sie spielen in diesem Planspiel ihre Rolle, die sie auch in der wahren kommunalen Praxis spielen.

Sprecherin

Das klingt einfach und wie selbstverständlich, und es fragt sich, woran liegt es, dass die zugegebenermaßen komplexe Aufgabe der Umweltgerechtigkeit von kommunaler Seite so zögerlich in Angriff genommen wird, wenn die Instrumente bereits ausreichend vorhanden sind?

Christa Böhme

Also das wird sicherlich dann auch eine Aufgabe vor allem in dem Planspiel sein, dass auch mit den Verwaltungen durchzuspielen, zum einen wie ist es überhaupt mit der ressortübergreifenden Zusammenarbeit klappen kann, denn das ist ja ein ganz schwieriges Thema in der Verwaltung, das ist ja immer noch so, dass wir dieses stark versäulte Verwaltungsmodell haben, wo jedes Ressort für sich handelt und nicht unbedingt guckt, was in der Nachbarverwaltung passiert und wie man da vielleicht auch zusammen Dinge bewerkstelligen kann und vielleicht dann auch besser und vielleicht auch mit einem größeren Mehrwert bewerkstelligen kann.

Sprecherin

Doch nicht nur intern müssen die Verwaltungen umdenken. Auch mit Hinblick auf die Bevölkerung ist ein anderes Selbstverständnis in den Stadtverwaltungen notwendig, schließlich geht es bei vielen kommunalen Entscheidungen um zentrale bürgerliche Rechte. Noch einmal Christiane Bunge vom Umweltbundesamt dazu:

Christiane Bunge

Auf der anderen Seite sind zentral für die Durchsetzung dann von Umweltgerechtigkeit oder eines gerechten Zugangs zu Umweltressourcen und Abbau von sozial ungleichen Umweltbelastungen, geht es ganz klar auch um eine stärkere Durchsetzung im Bereich der Abwägungs- und Entscheidungsprozesse, beispielsweise bei Bauvorhaben. Dort ist sicherlich eine stärkere Durchsetzung von Umweltgerechtigkeit notwendig, das geht dann so in Richtung Verfahrensgerechtigkeit, dass die Bevölkerung ausreichend informiert und beteiligt wird und es gar nicht erst, wenn neue Anlagen gebaut werden, zu einer ungleichen Verteilung führt. In der Realität ist es dann oft so, dass Fragen der Verteilung von Umweltbelastungen, die unvermeidbar sind, oft dann hinter den öffentlichen Belangen der Sicherheit oder auch wirtschaftlichen Aspekten dahinterstehen.

Unabhängig davon Umweltschutzmaßnahmen gelten zunächst für alle, für alle Gebiete, und insofern dort, wo die Belastungen am höchsten sind, sind dann auch die Effekte von Umweltschutzmaßnahmen oder sollten dort dann am höchsten sein, insofern kann man auch schon sagen, dass Umweltschutz an sich dazu beitragen kann, die sozial gerechtere Verteilung von Umweltbelastungen zu sichern, aber es geht vielfach auch um die Umsetzung, um die Durchsetzung tatsächlich von den Rechten, wenn es dann darum geht, tatsächlich wo wird gebaut, wie wird gebaut, dass in diesen Prozess die Bevölkerung ausreichend einbezogen wird. Da ist auf jeden Fall Nachholbedarf, was auch Bürgerbeteiligungsverfahren beispielsweise angeht, das über so einen formalen Rechtsanspruch hinausgeht.

Sprecherin

Kurzfristig wird dieses Ziel nicht zu erreichen sein. Zu träge sind oftmals kommunale Verwaltungen, zu eingefahren Verwaltungsabläufe. Noch einmal Christa Böhme vom Deutschen Institut für Urbanistik.

Christa Böhme

Das ist ja ein extrem dickes Brett mit dieser ressortübergreifenden Zusammenarbeit, und da bin ich tatsächlich eher skeptisch, also es wird meines Erachtens nur dann mit diesem Thema gelingen, wenn die politische Spitze einer Kommune das zu ihrem Thema macht, dann kann sicherlich die politische Spitze auch diese ressortübergreifende Zusammenarbeit einfordern oder auch befördern. Aber unsere Erfahrungen – also ich bin ja auch zuständig für die Bundestransferstelle „Soziale Stadt“ hier im Difu – und unsere Erfahrungen in Zusammenhang mit der „Sozialen Stadt“ zeigen doch ganz deutlich, dass es Anreize braucht zu dieser ressortübergreifenden Zusammenarbeit. Und in der „Sozialen Stadt“, da war es eben zunächst das Geld. Ja, das Programm war ja zunächst sehr gut ausgestattet, und da war eine relativ große Bereitschaft dann auch, mit den anderen Verwaltungen zusammenzuarbeiten. Und wir beobachten, dass in einigen Kommunen diese ressortübergreifende Zusammenarbeit auch über das Programm „Soziale Stadt“ hinaus tragfähig ist, weil man erkannt hat und dabei gelernt hat, dass es sinnvoll ist, über die Ressortgrenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Es gibt aber auch Kommunen, wo wir dann beobachten, dass die ämterübergreifende Arbeitsgruppe, die zum Programm „Soziale Stadt“ mal eingerichtet wurde, dann auch wieder eingeschlafen ist. Also es gibt es sowohl als auch. Aber es muss aus meiner Sicht in irgendeiner Form einen Anreiz geben. Und dieser Mehrwert, der letztendlich aus so einer Zusammenarbeit entstehen kann, den zu vermitteln, ist außerordentlich schwer. Der kann aber dann letztendlich, wenn die Erkenntnis in der Kommune über diesen Mehrwert entstanden ist, natürlich ein Motiv sein, diese ressortübergreifende Arbeit weiterzuführen – auch ohne finanziellen Anreiz.

Sprecherin

Es wird noch einige Zeit brauchen, um ausgeglichene ökologische Verhältnisse in unseren Städten zu schaffen. Das Bewusstsein dafür muss wachsen, dass für bestimmte städtische



Teilräume mehr getan werden muss als in anderen, und dies nicht nur aus sozialen, sondern aus ökologischen als auch gesundheitlichen Gründen heraus. Die Umlenkung von Mitteln in bestimmte Stadträume wird – angesichts vielfach angespannter Haushaltslagen – nicht überall Zustimmung finden. Doch wo ein Bewusstsein für Schieflagen erst einmal gegeben ist, kehrt kein Weg mehr zurück. Das Label Umweltgerechtigkeit ist ein Mittel dazu.